

**Connect Mödling FB, ZusammenHaltNÖ FB  
Seebrücke-Wien- und Asylkoordination Österreich:  
15.Solidaritätstreffen in St.Gabriel bei Mödling, am 10.3.2019**

**Höhepunkte des 15. Solidaritätstreffen von #zusammenHaltNÖ  
am 10. März 2019 vor der Klosterkirche  
St. Gabriel, Bezirk Mödling**

**Pater Emanuel begrüßt:**

Nicht erst in Mexiko werde ich mit Menschen zu tun haben, die keinen legalen Aufenthaltstitel haben. In Dornbirn war es so, in Berlin habe ich auch solche Menschen kennen gelernt. In Deutschland schätzt man, dass mehr als eine halbe Million Menschen ohne legalen Aufenthaltstitel wohnen. Diese Menschen leben unter uns, im Verborgenen.

**Pater Franz Helm:**

Herzlich willkommen zu unserer Mahnwache, zu Zusammenhalt Niederösterreich, schön, dass ihr da seid und schön, dass Elisabeth auch wieder da ist. Zurückgekehrt aus dem hohen Norden Europas, um uns wieder zu unterstützen und heute hier zu moderieren. Elisabeth willkommen!

(Applaus)

Zu Beginn lade ich ein das Lied „die Brücken“ zu singen.



>>> [Im Video](#): ZIB, vom 4.3.2019, Beginn bei 00:38 von 41:28

Sebastian Kurz in Ägypten im Interview: Von Ägypten gibt es niemanden mehr, der von hier nach Europa „durch kommt“.

## Lied: Die Brücken

**DIE BRÜCKEN** Text: Cocchiari Melodie: Hedermose  
von: Länder der Mariapoli  
© Verlag Neue Stadt München

1. Über - all auf der ganzen Welt gibt es viele Bar - rie - ren. Flüsse, Ströme und  
Mee - re halten Menschen getrennt. Von weither schau'n wir uns gegen - sei - tig an,  
doch keiner kennt den an - dern, nichts als Neid und Mißtraun spricht aus den Au - gen. \_

Refr.: Wa - rum denn bau - en wir nicht Brücken zuein - an - der, \_\_\_\_\_ wa - rum denn bauen  
wir nicht Brücken zuein - an - der, \_\_\_\_\_ wa - rum denn bau - en wir nicht Brücken, da -  
- mit wir uns be - geg - nen, wa - rum denn bau - en wir nicht Brük - ken!

2. Flüsse bilden Barrieren, zwischen Jungen und Alten, Einsam geh'n auf den Straßen Arm und Reich ihren Weg.  
Die farb'gen Völker seh'n von Ferne ihre weißen Brüder dort an dem andern Ufer. REFRAIN



## Elisabeth Klatzer, Initiatorin von ZusammenhaltNÖ:

Herzlich willkommen auch von meiner Seite. Ich freue mich sehr, sehr, sehr wieder mit euch beieinander zu sein, weil ihr alle gemeinsam genau das machen. Wir „bauen Brücken“ zu Menschen, die in Not sind. Wir bauen Brücken untereinander, um enger zusammen zu rücken. In dieser Zeit, wo die Regierung leider das Land auseinander treibt und durch Spaltung auseinander treibt. Hier bauen wir in Maria Enzersdorf das 15. Mal Brücken vor St. Gabriel. Ich denke, das ist ein Grund zum Feiern, dass wir hier zusammen gekommen sind, dass wir dadurch unser Land ein Stückchen menschlicher machen. Ich möchte euch heute, weil Veränderungen anstehen, im zweiten Teil einladen zu überlegen und aus zu sprechen, was für euch diese Zusammenkünfte bedeuten und bedeutet haben. Was ihr damit verbindet und was welchen Wert das für euch hat. Aber vorher will ich euch die Kluppen ans Herz legen. Ich sehe noch einige, die noch keine Kluppen haben. Das ist auch eine gute Gelegenheit, dass ihr ein paar mehr mitnehmt, um eure Freunde und Bekannten einzuladen nächsten Sonntag um 17 Uhr nach Mödling zu kommen. Es geht auch wieder eine Liste herum, bitte unbedingt eintragen, wer noch nicht drauf ist, damit ihr damit immer die Informationen bekommt.

Jetzt aber zurück zum „Brücken bauen“. Es ist wichtig, dass wir auch international Brücken bauen, dass wir Österreich einen Teil der gesamten Welt sehen. Veronika Haschka von Connect Mödling hat bei einer der Zusammenkünfte gesagt, dass sie erst jetzt versteht, wenn es heißt „hoch die Internationale“ Solidarität“. Und Bruder Emanuel ist jemand der in die Welt hinaus gehen wird, bald und auch leider. Du bist einer, der uns mit deinen Liedern oft erfreut und gemeinsam mit Pater Franz Helm zusammen gebracht und erfreut hat. Ein ganz wertvoller Teil unseres Zusammenkommens. Es wäre schön, wenn du dein „Hinausgehen“ und diese internationale Solidarität mit uns teilst und uns erzählst, was du vor hast und was das mit uns und Zusammenhalt zu tun hat.



### Demonstration für Solidarität, Demokratie und Menschenrechte

In Mödling: Sonntag, 17. März, 17 Uhr  
Treffpunkt: Spitalskirche / Europaplatz  
(Kaiserin-Elisabethstrasse 28)

Wir können nicht länger zuschauen wie unsere Demokratie Stück für Stück in Frage gestellt wird. Wie Politik gegen Menschen gemacht wird. Wie unsere Gesellschaft gespalten wird. Es ist höchst an der Zeit aufzustehen!

Wir stehen für Menschenrechte und Solidarität, für Zuversicht und Zusammenhalt! Für Zusammenhalt und Mitmenschlichkeit. Für eine solidarische, für eine demokratische Zukunft in unserem Land! Wir machen deutlich: wir sind viele. Und wir werden mehr! Sei dabei, setz mit uns ein sichtbares Zeichen!

#### Abschlusskundgebung am Schranzenplatz

##### RednerInnen:

Pater Franz Helm, Steyler Missionare  
Gerhard Wannemacher, Vizebürgermeister in Mödling  
Stephan Schimanowa, Stadtrat in Mödling  
Indra Collini, Landtagsabgeordnete  
Markus Lintner, evangelischer Pfarrer  
Heinz Nussbaumer, Publizist und Buchautor  
Susanne Scholl, Omas gegen Rechts

Moderation: Elisabeth Klatzer, Initiatorin von #ZusammenHaltNÖ

Begleitet von SambAttac „Die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen.“

## Pater Emanuel:



Nicht nur ZusammenhaltNÖ verabschiedet sich von diesem Ort hier, bricht die Zelte vor St. Gabriel ab und geht hinüber nach Mödling. Auch ich, wie Elisabeth schon gesagt hat, werde in 2 Wochen, am 23. März nach Mexiko fahren. Diese Reise mache ich im Rahmen der Ausbildung bei den Steyler Missionaren. Wir nennen das OTP (Oversee Training Program). Das ist ein Ausbildungsschritt, um einmal selbst in einem anderen Land gelebt zu haben. Um selbst einmal einen „Kulturschock zu erlebt zu haben“, nicht nur im Urlaub, sondern auch länger anhaltend, eineinhalb oder zwei Jahre. Auch um pastorale Erfahrungen zu machen aber auch die Erfahrung zu machen „irgendwo fremd zu sein“. Um Mitbrüder besser verstehen zu können, wenn sie von weit her in die Gemeinschaft kommen. Wenn es mit der Sprache nicht so funktioniert, wenn das nicht über die Lippen geht, was man gerade sagen möchte. Bei mir geht's zunächst einmal nach Mexiko-Stadt, wo ich einen Spanisch-Kurs absolvieren werde, um mich später gut verständigen zu können. Meine Spanisch-Kenntnisse werde ich dort auffrischen. Dann wünsche ich mir nach Salto di Agra zu kommen. Das ist eine Stadt mit 5000 Einwohner im Süden von Mexiko, in der Region Chiapas, wo sehr viele Indigene wohnen. In Salto di Agra leben circa 80% Indegene. und die Steyler sind dort eine Gemeinschaft, die sich dort um diese Bevölkerungsgruppe sehr stark bemühen. Die Steyler haben dort eine Pfarre. Im Umkreis gibt es 80 bis 90 verschiedene Gemeinden, die zusätzlich pastoral betreut werden. Pastoral wird nicht im engeren Sinn verstanden, sondern ganzheitlich. DA geht es auch um Gesundheitsvorsorge, weil dort die durchschnittliche Lebenserwartung bei 44 Jahren liegt. Wenn ich dort leben würde, hätte ich nur mehr 10 Jahre Zeit. Dem entsprechend ist auch das Engagement der Steyler umfassender. Die Gemeinschaft dort ist auch international. Einer kommt aus Indonesien, ein anderer aus Indien, ein Mitbruder aus Ghana, der mir „Nächst“ kommt aus Deutschland, Bruder Joachim, und einer kommt auch selbst aus Mexiko. Was ich dort sehr spannend finde ist, dass ich mich als ein aus Europa kommender Theologe auf eine andere Kultur und religiöse Welt einlassen kann und dort andere Aspekte des christlichen Lebens kennen lernen darf. Spannend finde ich auch, dass dort die Diözese ein spannendes Pastorkonzept mit Diakonen angegangen hat. Das möchte ich auch gerne kennen lernen, weil ich glaube das könnte auch für uns in Europa wichtig sein. Die Diözese Chiapas ist auch deshalb interessant, weil sie ein eigenes Menschenrechtszentrum hat, wo versucht wird Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren.



Die Indigene Bevölkerung wird immer wieder Opfer von Übergriffen, von Militär und Paramilitär. Die Geschichte der Diözese ist für mich auch noch spannend, weil der Bischof Don Samuel Ruiz Moderator zwischen den Sabatisten und der Regierung war. Das ist auch ein Thema, das mich sehr interessiert.

Jeder der schon einmal Mexiko gehört hat weiß auch, dass dort Migration ein sehr großes Thema ist. Auch in Salto di Agra ist dies so. Bruder Joachim hat mir erzählt, dass durch Salto di Agra immer wieder Menschen von Lateinamerika aus dem Süden in den Norden wandern. Aber, nicht nur das, es gibt auch einen Zug, mit dem mittellose Lateinamerikaner versuchen den Weg in den Norden zu schaffen. Auf den Güterzug aufspringen, der fährt dann durch Salto di Agra durch. Die Steyler haben vor Jahren ihre Kirche geöffnet, damit sich die Leute von der strapaziösen Reise auch einmal erholen können. Mittlerweile muss dafür nicht mehr die Kirche geöffnet werden. Es gibt eine kleine Herberge, die allerdings noch nicht ganz fertig gebaut ist. Wenn ich dann dort in der Migranten-Pastoral tätig sein werde, habe ich mit Menschen zu tun, die keinen legalen Aufenthaltstitel in Mexiko haben. Das versucht der aktuelle Präsident Amlo, so heißt er abgekürzt, zu ändern, in dem er – und das finde ich sehr spannend – in dem er einen Aufenthaltstitel für ein Jahr hergibt. Dadurch bewirkt er, dass so genannte Illegale nicht in die Fänge der Drogenhändler fallen, und dabei in die Kriminalität fallen um sich ihren Unterhalt zu verdienen. Mit dem Aufenthaltstitel ist auch eine Arbeitserlaubnis verbunden. Das finde ich ein spannendes Konzept. Das Gesetz gibt es seit Jänner und mittlerweile haben 16.000 diese Carta Humanitaria angesucht. In Mexiko werde ich mit Menschen zu tun haben, die keinen legalen Aufenthaltstitel haben. In Dornbirn war es so, in Berlin habe ich auch solche Menschen kennen gelernt. In Deutschland schätzt man, dass etwas mehr als eine halbe Million ohne legalen Aufenthaltstitel wohnen. Diese Menschen leben unter uns, im Verborgenen und ich möchte das letzte Lied, mein letztes Lied denen widmen, die in unserer Gesellschaft im Verborgenen leben müssen, weil es keine Möglichkeit für sie gibt legal zu leben. Es ist ein Lied von Manu Chau, der selbst schon in Chiapas gelebt hat und ich möchte, weil das Lied auf Spanisch ist den Text kurz übersetzen: Das Lied heißt „Der Verborgene“ und der Text geht so:  
./.

## Lied „der Verborgene“:

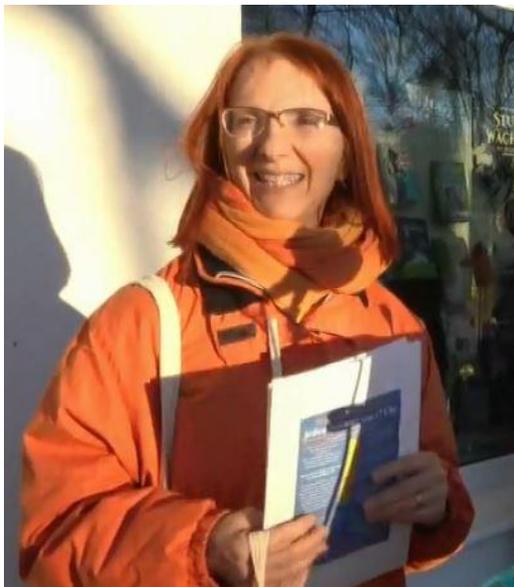
(das Lied beginnt [im Video](#) bei 17:00 von 41:28)

*Alles was ich mit mir trage ist der Schmerz und die Verurteilung,  
davon zu laufen ist mein Schicksal, um nicht eingesperrt zu werden.  
Verloren bin ich im Herzen, wie im großen Babylon.  
Sie nennen mich illegal, weil ich keine Papiere besitze.  
Mein Leben ist verboten sagen die Autoritäten.*

Ich möchte mich „fürs Dabei sein dürfen“ noch sehr herzlich bedanken,  
beim dabei sein, beim Widerstand leisten, beim Solidarität zeigen, wenn man auf die Straße geht und sagt, wir sind nicht zufrieden mit diesen Verhältnissen. Danke dafür!  
(Applaus)



## Elisabeth Klatzer, Initiatorin von ZusammenhaltNÖ:



Ja und zum Brückenbauen gehört auch, dass du nicht weg bist, sondern wir hoffentlich in Verbindung bleiben und du uns auch über deine Arbeit in Chiapas weiter berichtest. Mit den so genannten Illegalen, weil kein Mensch ist illegal. Ich finde das einen wichtigen Spruch: Kein Mensch ist illegal. Vielen vielen Dank.

Ich möchte jetzt noch ein paar Worte zu unserer Reise von hier sagen. 15 Mal sind wir jeden Sonntag zusammen gekommen. Der Anlass war, wie wir alle wissen, diese Unmenschlichkeit, diese unglaublichen Gemeinheiten gegenüber den jungen Geflüchteten. Das ist nach wie vor ein wichtiger Teil unseres Engagement und Zusammensein, des Grundanliegen von Zusammenhalt. Aber,

wie wir über die Zeit gesehen haben, ist es auch ganz wichtig mehr in den Blick zu nehmen. Wie Ingrid Kuhn und Wolfgang Buchebner uns letztes Mal über die Demonstration in Amstetten berichtet haben, wird dort sehr stark die Demokratie in den Mittelpunkt gesetzt war und das Kämpfen für soziale Zusammenhalt. Ich denke mir, dass ist so ein weiterer Schritt, dass wir darum kämpfen, dass das Miteinander in Österreich erhalten bleibt. Dass es nicht, wie es jetzt passiert, die Demokratie Säulen eine nach der anderen angefahren wird. Sei es durch das Infrage stellen eines unabhängigen Journalismus, des Infragestellens der Justiz. Sei es durch die vielen Angriffe, dass Menschen jetzt bald ohne Grund eingesperrt werden können. Da bitte ich wirklich alle nicht von Sicherungshaft zu sprechen, weil das bringt sicher keine Sicherheit sondern Unsicherheit. Zuerst an geflüchteten Menschen probiert, kann uns das dann alle treffen, wenn diese Willkür in unserem Österreich wiederkommt. Da ist es ganz wichtig auf allen Ecken und Enden dagegen zu halten. Ich meine auch das, was Herbert Langthaler hier gesagt hat, nämlich die Frage „warum passieren denn alle diese Unmenschlichkeiten?“

Seine Antwort war:

Zu überdecken, gemeint ist Sand in die Augen zu streuen, was da als permanenten „Umbau“ im Hintergrund passiert. Wo dabei die Säulen unseres guten Zusammenseins „angesägt“ und in der Folge zum Einsturz gebracht werden. Und wir von ZusammenhaltNÖ stehen eben dafür, dass wir uns nicht den Sand in die Augen streuen lassen, sondern wir aufzeigen und dezidiert HALT sagen zu dem was passiert. Der Abbau der Demokratie, die Unmenschlichkeit, das soziale Auseinanderdividieren, das Wegnehmen bei denen, die am Wenigsten haben, das Hinschieben zu den Parteispenden oder Großkonzernen, die Steuererleichterungen bekommen sollen. Wir halten zusammen für eine gute Gesellschaft, für ein gutes Österreich und Solidarität weltweit.

>>> [Im Video](#): ZIB2, vom 4.3.2019, Beginn bei 23:25 von 41:28

Armin Wolf berichtet darüber dass im letzten Jahr 75.000 Flüchtlinge über das Mittelmeer nach Italien und Spanien gekommen sind. Mit Schlepperboten von Marokko, Algerien, Lybien und Tunesien. Kein einziges Schiff aus Ägypten. Bundeskanzler Kurz wünscht sich das auch von den anderen Staaten in Nordafrika. In Ägypten selbst ist die Lage der Tausenden gestrandeten Flüchtlingen aber alles andere als vorbildlich berichtet Korrespondent Karim El-Gawhary. Kurz ist ja dort, um „Werbung“ für „sein System“ zu machen, wie er dies im Interview nennt: Dass nämlich niemand von dort nach Europa durchkommt.



Die Schattenseite ist, dass in Ägypten 250.000 Flüchtlinge unter schlimmsten Bedingungen dort hausen. Mitgrund ist, wie er in der UNHCR Zentrale in Kairo recherchierte, ist, weil nur 4% von den budgetierten Kosten gedeckt sind. Österreich hat seine Zahlungen an das UNO Flüchtlingswerk seit 2019 weitgehend eingestellt.



Wie die UNHCR Sprecherin ist die Auswirkung in Ägypten wie folgt: Nur ¼ der Flüchtlinge bekommen Geld, dass kaum zum täglichen Leben reicht. Die Folge ist, dass alle Flüchtlinge dort in absoluter Armut leben. Die Familien sind gezwungen ihre Kinder arbeiten zu lassen und sie extrem früh zu verheiraten.

Bundeskanzler Kurz lobt Ägypten als Musterland, bei der finanziellen Unterstützung wird das UNHCR von Europa und auch Österreich aber im Stich gelassen. Die Flüchtlinge zurückzuhalten und nicht zu versorgen ist sicher KEIN NACHHALTIGES ERFOLGSMODELL



## Elisabeth Klatzer, Initiatorin von ZusammenhaltNÖ:

Und das ist auch der Grund, dass es notwendig ist aufzubrechen und Veränderungen auch bei unseren Zusammenkünften zu haben. Die geflüchteten jungen Menschen sind jetzt nicht mehr da, das war der unmittelbare Anlass, dass wir hier zusammen gekommen sind. Und ja, es ist traurig, dass wir nicht erreichen konnten, wir müssen dagegen „ja, das haben wir nicht erreicht“, dass diese jungen Menschen endlich zur Ruhe kommen können. Ich habe gerade vorhin mit Jutta gesprochen: Das positive ist, dass es nach wie vor ein gutes Netz der Solidarität und Arbeit mit diesen jungen Menschen.

Ich würde euch, wie ich anfangs gesagt hab, darüber zu sprechen, was bedeutet denn dieses Zusammenkommen? Dieses Zusammenhalt zeigen? 15mal, viele von euch waren ganz oft hier und werden weiter dabei sein. Manche sind auch neu, das ist schön auch neue Leute zu sehen. Darf ich jetzt das Mikro öffnen:



## Pater Franz Helm:



Darf ich jetzt Pater Provinzial, Stefan Dähler und Pater Peter Dusitschka, der Europa-Koordinator von uns Steyler Missionaren ist, bitten, dass sie noch einmal unser Transparent ausrollen. Das habe ich im Juni 2018 gemalt, wie die erste Nachricht kam „die Flüchtlinge werden verlegt“. Und wir haben es genau hier an dieser Stelle bei diesem Flashmob, wo 300 Leute da waren und alle gesagt haben: Nein wir wollen nicht, dass dieses Flüchtlingsheim weg kommt. Und jetzt ist es so, es läuft aus. Es werden keine Flüchtlinge mehr zugeteilt. Der politische Wille ist nicht da. Das haben wir mittlerweile verstanden. Aber ich hoffe,

dass die, die an der Macht sind, auch verstehen, so leicht ist das nicht unser Land umzudrehen. Den Eindruck zu erwecken, die Österreicher sind die garstigsten gegenüber den Menschen, die auf der Flucht sind und Schutz suchen. Nein, das sind wir nicht. Und danke, dass ihr mit diesen jungen Leuten weiter in Kontakt seid. Dieses öffentlich kundtun und einstehen für Solidarität, das war etwas, was wahrscheinlich euch unterstützt hat und es war, was der ganzen Öffentlichkeit gegeben hat und ich hoffe, dass wir weiter zusammen bleiben und wenn wir nach Mödling gehen, dass wir mehr werden, kommenden Sonntag in Mödling. Dass einfach viele Menschen merken „es ist notwendig auf die Straße zu gehen“ und sich öffentlich und sonst wie zu äußern, für Menschlichkeit, für Miteinander, für Solidarität, gegen diese Unmenschlichkeiten, Flüchtlingen und anderen Menschen in schwierigen Situationen gegenüber.



### **Pater Alexander von den Franziskanern der Marien-Wahlfahrtskirche oben in Ort:**

Ich habe von ihnen Elisabeth die Einladung bekommen, habe auch geantwortet. Für mich war ganz wichtig: Für Menschen, nicht gegen Menschen. Ich habe vorige Woche einen kleinen Leserbrief geschrieben, ich weiß nicht ob er veröffentlicht wird. Meine Gedanken waren die: Wenn etwas selbstverständlich ist, braucht man nicht darüber zu reden. Mir fällt einfach auf, dass in letzter Zeit von der Seite der Regierung Österreichs sehr häufig das Wort Rechtsstaatlichkeit in den Mund genommen wird. Sehr sehr häufig. Wenn es selbstverständlich wäre, bräuchte man nicht darüber reden. Mir kommt vor, dass sich die Regierung nicht ganz sicher ist über die Rechtsstaatlichkeit ihrer Entscheidungen. Das ist mein kleines Statement und darum „Miteinander für Niederösterreich und Österreich“.

### **Elisabeth Klatzer, Initiatorin von ZusammenhaltNÖ:**

Warum bin ich hier? Was bedeutet für mich Zusammenhalt. 15 mal hier zu sein ist auch eine Gelegenheit einmal inne zu halten und zu schauen, was bedeutet das für mich. Für mich persönlich hat es auch bedeutet, hier viele Menschen kennen zu lernen. Zu sehen, dass wir gemeinsam die gleichen Ziele haben. Das ist für mich persönlich ganz bestärkend. Ich habe diesen Aufruf ja gestartet, weil ich es selbst nicht mehr ausgehalten habe und in diesen dreieinhalb Monaten habe ich so viele Leute kennen gelernt. Dieses Engagement, dieses auch zu hören „ja, das ist das Richtige“, das braucht jetzt. Ich habe das schon vorher versucht. Ich war alleine, wurde mir gesagt. Und jetzt gemeinsam zu gehen, das ist so etwas wichtiges und bestärkende für mich persönlich. Und selbst wenn wir uns jetzt die nächsten Male nicht hier in St. Gabriel treffen werden, werden wir auch gemeinsam sein. Gerade nächsten Sonntag: für Demokratie, für Solidarität, für Menschenrechte im Zentrum von Mödling zu stehen. Ihr wisst es ja alle schon. Für die, die es noch nicht wissen: Nächsten Sonntag, den 17. März 2019, 17 Uhr Treffpunkt vor der Spitalskirche in Mödling. Ein, zwei oder besser 3 Personen ein zu laden mit zu kommen. Hier im Ort,



hier im Bezirk, lassen wir es nicht zu, dass unser guter Zusammenhalt, unser Österreich zerstört wird und dass von Rechtsstaatlichkeit gesprochen aber das Gegenteil gemacht wird, unterminiert wird. Möchte noch jemand etwas sagen?

### **Stefan Welzig:**

Am Anfang war für mich ZusammenhaltNÖ ein sehr sehr wichtiges Sprachrohr, ein wichtiges Ventil, um all den Frust, Ärger und Zorn los zu werden, der durch unterschiedlichste Maßnahmen von der Regierung, von oben, geweckt wurde. Durch die Flüchtlingspolitik, das Ansägen des Rechtsstaates durch die Gewaltenteilung, und so weiter, u.s.w. Es war sehr gut sich hier zu finden,



im Schutz der Mauern der Kirche und manchmal auch der Buchhandlung Kral hier in St. Gabriel. Es war gut eine Zeit lang hier zu sein. Großen Dank an die Elisabeth, Franz und Emanuel, die so treu das alles über die vielen Wochen organisiert haben und unterschiedlichste Leute hergebracht haben, unterschiedliche Impulse eingebracht haben. Es war gut, sich hier einmal zu konsultieren und es ist gut jetzt hinaus zu gehen. Es ist gut diesen Ort hier zu verlassen und nach Mödling zu gehen, in die Stadt zu gehen, wo einfach ein größeres Echo passieren kann. Da bin ich ganz zuversichtlich, dass das dort auch passieren wird. Danke schön noch einmal auch allen!

### Wolfgang Buchebner:

So ernst die Situation ist und es gibt auch in ernstesten Situationen die Möglichkeit lustig zu sein und über etwas zu lachen. Letztes Mal als ich da war, war Faschingssonntag. Das hat so überhaupt nicht gepasst, wie wir hier gestanden sind und dort drüben die Faschingsnarren gefahren und haben uns mit ihrem Lärm übertönt. Ich damals ein lyrisches Gedicht über die Zeit gebracht, das ihr vielleicht gelesen habt, die nicht da waren. Ich habe noch ein Gedicht, das hätte letzte Woche besser gepasst, aber ich bringe es jetzt.....



**Wie gut wir es doch in Österreich haben ...!**

**Gottseibeius: Trump kennt ihn gut!  
Wlad Putin unterschrieb mit Blut  
den Pakt, wie auch Le Pen & Co.,  
Kaczynski, Wilders sowieso,  
und jetzt Salvini, der Faschist,  
der Flüchtlinge am liebsten frisst.  
Auch hinter Orban steht der Teufel.  
Wir haben's besser, ohne Zweifel:  
Da steht der Kurz hinter dem Kickl,  
und hinterm Waldhäusl die Mikl ...**



## Elisabeth Klatzer:

Jemand, der auch oft hier war, jetzt krank ist, hat ein Brieflein geschrieben mit der Bitte, dass ich es hier vorlese:

*Anfang März war ich in Rom bei einer politischen Veranstaltung schamloser ausbeuterischer Systeme in der Weltpolitik betreffend willkürlich ignoriertes Wirtschaftsabkommen, ungleicher Verteilung der irdischen Güter und Ressourcen u.s.w. zwischen den Großmächten unserer Erde. Amerika, Europäische Union und Österreich einerseits und den so genannten Dritte-Welt-Ländern andererseits, die zu gravierenden Verletzungen der Menschenrechte führen und Hauptursache für die Völkerwanderung nach Europa und Flüchtlingsproblematik sind. Er ist krank und hofft nächstes Mal in Mödling wieder dabei zu sein und wünscht uns viel Mut und Kraft. Vorwärts im Kampf um die Nächstenliebe, Gerechtigkeit, für Menschenliebe und für ein gutes Miteinander aller Menschen. Es gibt nur „eine Welt“ nämlich die Gotteswelt, wir gehören zusammen.*

## Schlusslied: We shall overcome!



#zusammenhaltNÖ auf: [facebook.com/zusammenhaltnoe](https://www.facebook.com/zusammenhaltnoe)

**Video (dieser Text):** [ZusammenhaltNÖ am 10.3.2019 vor St. Gabriel](#)

[Video von der ZusammenhaltNÖ Demo am 9.3.2019 in Baden](#)

**weitere Links zu  
den Videos von 12x ZusammenhaltNÖ vor St. Gabriel  
vom 16.12.2018 bis 3.3.2018  
und aktuellen Zeitungsartikeln auf der nächsten Seite**

**und es geht weiter...**

[13.3.2019 Kathpress: Mödling: "#ZusammenhaltNÖ"-Demo mit P. Helm und Heinz Nußbaumer](#)

weitere Links zu Videos von ZusammenhaltNÖ:

- [14. ZusammenhaltNÖ am 3.3.2019 vor St. Gabriel](#)
- [13. ZusammenhaltNÖ am 24.2.2019 vor St. Gabriel](#)
- [12. ZusammenhaltNÖ am 17.2.2019 vor St. Gabriel](#)
- [11. ZusammenhaltNÖ am 10.2..2019 vor St. Gabriel](#)
- [10. ZusammenhaltNÖ am 3.2..2019 vor St. Gabriel](#)
- [9. ZusammenhaltNÖ am 27.1.2019 vor St. Gabriel](#)
- [8. ZusammenhaltNÖ am 20.1.2019 vor St. Gabriel](#)
- [7. ZusammenhaltNÖ am 13.1.2019 vor St. Gabriel](#)
- [6. ZusammenhaltNÖ am 6.1.2019 vor St. Gabriel](#)
- [5. ZusammenhaltNÖ am 30.12.2018 vor St. Gabriel](#)
- [4. ZusammenhaltNÖ am 23.12.2018 vor St. Gabriel](#)
- [3. ZusammenhaltNÖ am 16.12.2018 vor St. Gabriel](#)

von ZusammenhaltNÖ am 1. und 9.12.2018 gibt es keine Videoaufzeichnung

[ZIB2 am 30.11.2018 über Drasenhofen mit Interview LR Waldhäusl](#)

[FlashMob Gegen die Schließung des Flüchtlingsheimes im Juni 2018](#)

### **Ereignisse/Zeitungsberichte passend rund um die letzten Zusammentreffen:**

[13.3.2019 Kronenzeitung: Ermittlungen gegen Waldhäusl wegen Asylunterkunft](#)

[13.3.2019 K: WKStA ermittelt gegen Niederösterreichs Landesrat Waldhäusl](#)

[13.3.2019 Standard: Geballte Kritik an neuer Mindestsicherung](#)

[12.3.2019 Standard: Nicht nur Promis wie Erwin Pröll finden \(von RAU\)](#)

[12.3.2019 Kurier: Asyl- und Schutz-Aberkennung: Von 500 auf 1.640 gestiegen](#)

[11.3.2019 Presse: Pröll erzählt von "heftigen Verwerfungen" mit Kanzler Kurz](#)

[11.3.2019 Presse: Ex-Flüchtlingskoordinator Konrad sieht Politik "auf der Flucht..."](#)

[6.3.2019 NÖN NÖ-Teil FP-Klausur schließt Freiheiten aus](#)

[6.3.2019 Standard: Fremdenfeindlichkeit – die Bankrotterklärung der Vernunft](#)

[4.3.2019 Standard: 25. Flüchtlingsball: "Die Wiener haben kein Problem mit Flüchtlingen"](#)

[27.2.2019 Standard: Warum Kickl aus Aufnahmestellen "Ausreisezentren" macht](#)

[25.2.2019 Standard: Kickl kündigt "freiwillige Nachtruhe" für Asylwerber an](#)

[22.2.2019 Standard: jugendliche Asylwerber sind aus St. Gabriel verlegt worden](#)

Wie geht es weiter: Demonstrationen in den Zentren der Orte im Bezirk Mödling:



## **Demonstration für Solidarität, Demokratie und Menschenrechte**

**In Mödling: Sonntag, 17. März, 17 Uhr**  
**Treffpunkt: Spitalskirche / Europaplatz**  
(Kaiserin-Elisabethstrasse 28)

Wir können nicht länger zuschauen wie unsere Demokratie Stück für Stück in Frage gestellt wird. Wie Politik gegen Menschen gemacht wird. Wie unsere Gesellschaft gespalten wird. Es ist höchst an der Zeit aufzustehen!

Wir stehen für Menschenrechte und Solidarität, für Zuversicht und Zusammenhalt! Für Zusammenhalt und Mitmenschlichkeit. Für eine solidarische, für eine demokratische Zukunft in unserem Land! Wir machen deutlich: wir sind viele. Und wir werden mehr! Sei dabei, setz mit uns ein sichtbares Zeichen!

### **Abschlusskundgebung am Schrankenplatz**

#### **RednerInnen:**

Pater Franz Helm, Steyler Missionare  
Gerhard Wannemacher, Vizebürgermeister in Mödling  
Stephan Schimanowa, Stadtrat in Mödling  
Indra Collini, Landtagsabgeordnete  
Markus Lintner, evangelischer Pfarrer  
Heinz Nussbaumer, Publizist und Buchautor  
Susanne Scholl, Omas gegen Rechts

Moderation: Elisabeth Klatzer, Initiatorin von #ZusammenHaltNÖ

Begleitet von SambAttac „Die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen.“



Vielfältige Dienstleistungen, vom Arbeitsprojekt Tagwerk über Geriatrie bis zum Hospiz. 50.000 ehrenamtliche MitarbeiterInnen helfen.

SOZIALE DIENSTE

## Stimmungsmache

FPÖ-Politiker diffamieren die katholische Hilfsorganisation Caritas als „Asylindustrie“. Die ÖVP schaut weitgehend zu. Was aber wäre Österreich ohne Non-Profit-Organisationen, die von Pflege über Hospiz bis Kinderbetreuung soziale Dienste leisten?

TEXT: EVA MARIA BACHINGER

**K**urz vor Weihnachten mahnte Caritas-Präsident Michael Landau: „Ich habe den Eindruck, die Bundesregierung ist hier (Mindestsicherung, Anm.) erstaunlich weit weg von der Lebensrealität armutsbetroffener Menschen. Da gibt es schwere Empathie-Defizite in diesem Bereich“. Über Menschen in Not werde absätzig gesprochen, „hier ist der gesellschaftliche Wertekompass ein Stück weit abhandgekommen oder verrutscht“. Mehr hat es nicht gebraucht. Obwohl die FPÖ sonst das „christliche Abendland“ retten will, reagierte sie ganz und gar nicht weihnachtlich auf die Worte des Priesters. Klubobmann Johann Gudenus: „Der Herr Landau kann es nicht einmal zu Weihnachten lassen, sein Geschäftsmodell auf Kosten der Steuerzahler voranzutreiben. Menschlichkeit oder doch reine Profitgier?“ Generalsekretär Christian Hafenecker bemühte wieder einmal den Begriff „Asylindustrie“. Staatssekretärin Karoline Edtstadler bat daraufhin „um eine Abrüstung der Worte und die Rückkehr zur

Sachlichkeit“, aber nicht nur in Richtung von Gudenus, sondern auch von Landau. Die empörte Kritik von Opposition und Zivilgesellschaft ließ nicht lange auf sich warten. Kardinal Christoph Schönborn stellte sich hinter Landau und wunderte sich über Gudenus, der sich als Vertreter einer Partei, die sich selbst als Vertreter der ärmeren Bevölkerung sehe, „hier offensichtlich in der Wortwahl

**„Die FPÖ verhält sich wie Rotzbuben. Rotzbuben haben keine Ahnung vom Leben.“  
Christian Konrad**

sehr vergriffen hat.“ Christian Konrad richtete aus: „Die FPÖ verhält sich wie Rotzbuben. Rotzbuben wissen nämlich meist nicht, wovon sie reden, und haben keine Ahnung vom Leben.“ Regierungskoordinator Norbert Hofer besann sich spät, aber doch auf die vielfältigen Dienste der Caritas, die letztlich auch FPÖ-Wählern zugutekommen: Die Caritas leiste „Großartiges“, meinte er.

### Mehrheit auf Seiten der Caritas

Dieses Lob wird auch mit Umfragedaten zusammenhängen: Laut des Meinungsforschungsinstituts Unique research standen in dem Schlagabtausch 43 Prozent auf der Seite der Caritas, 29 Prozent waren einig mit der FPÖ, 28 Prozent blieben unentschieden. Kein Wunder: Die Zahl der KatholikInnen und KirchgängerInnen ist zwar seit Jahren rückläufig, aber die Caritas habe in der Bevölkerung nach wie vor hohes Ansehen, betont Politologin Peter Filzmaier. Er erachtet die Reaktion der FPÖ als „nicht verwunderlich“, da die FPÖ auch antiklerikale Wurzeln hat. „Das eigentlich verwunderliche Phänomen ist die ÖVP als christdemokratische Partei“, so Filzmaier. Bundeskanzler Sebastian Kurz betonte zu Jahresbeginn in der ORF-Pressestunde zwar, dass er von Gudenus' Aussagen nichts halte und die aggressive Wortwahl ablehne. Allerdings findet er auch die Aussagen Landaus zur Mindestsicherung nicht sinnvoll. ÖVP-Politiker Andreas Khol kritisierte



Norbert Hofer besann sich spät auf die Qualitäten der Caritas und meinte schließlich, sie leiste „Großartiges“.

Landau ebenfalls und bezeichnete seine Aussage, wonach nun nach den Plänen der Regierung eine Mutter etwa ab dem dritten Kind nur mehr 1,43 Euro pro Tag zur Verfügung hätte um dieses Kind ernähren, kleiden und ihm Wohnraum bieten zu können, als unrichtig und als „Diskussionsbeitrag enttäuschend“. Er weist darauf, dass christliche Soziallehre Solidarität bedeute, aber auch Gerechtigkeit im Verhältnis zu Arbeitenden und Subsidiarität: Es müsse Hilfe zur Selbsthilfe geleistet werden, nicht mehr. Wirtschaftskammer-Präsident Harald Mahrer forderte ebenfalls im Standard, dass sich jene, die unter dem Schlagwort „christlich-sozial“ von der ÖVP die Umsetzung der „reinen religiösen Lehre“ erwarten würden, „um ein besseres Verständnis der historisch erkämpften Trennung von Politik und Religion bemühen“ sollten. Das sei „eine Errungenschaft unserer liberalen Demokratie“. Da irrt Mahrer, denn eine Errungenschaft ist genauer gesagt die Trennung von Kirche und Staat. Eine Trennung von Politik und Religion ist „schlichtweg unreal“, erklärt Filzmaier. „Wir haben eine institutionelle Trennung von Staat und Kirche, die aber auch nicht durchgängig ist, wenn man etwa an den Religionsunterricht in staatlichen Schulen denkt. Aber eine Trennung von Religion und Politik anzustreben, ist ähnlich unlogisch wie eine Trennung von Politik und Ideologie. Jede Partei und jeder Politiker hat einen Grundkatalog von Werten, der das politische Handeln bestimmt und entscheidend prägt. Die ÖVP ist auch eine christlich-orientierte Partei, die Kirche hat zwar einen zunehmend geringeren Stellen-

wert, aber diese Entwicklung hat schon vor Jahrzehnten begonnen. Nun zu sagen, man sei nicht mehr nur christlich-sozial verwundert mich sehr, denn gleichzeitig spielen diese Werte etwa bei Familienthemen sehr wohl eine Rolle.“

#### Beitrag nicht zu unterschätzen

Dass die Kritik an der Caritas von ÖVP-VertreterInnen nicht abgeduldet wurde, hat auch mit der politischen Lage zu tun: Die Regierung plant die Flüchtlingsbetreuung in eine staatliche Bundesagentur zu übertragen, diese Aufgabe den NGOs also zu entziehen. Um dieses Ansinnen politisch durchzusetzen ist es strategisch hilfreich

#### „Das eigentlich verwunderliche Phänomen ist die ÖVP als christdemokratische Partei.“ Peter Filzmaier

das Image der NGOs anzuputzen. Zudem schwächt die Opposition: Die Grünen sind weg vom Fenster, die SPÖ-Vorsitzende Pamela Rendi-Wagner glänzt durch Unsichtbarkeit, einzig die Neos sind wahrnehmbar. So sind im Grunde NGOs wie die Caritas derzeit die schärfsten Kritiker der Regierungspolitik, und als kritische Stimme unangenehm. Filzmaier: „Doch solche NGOs haben eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Sie vertreten Positionen und erbringen Dienstleistungen, die nicht den eigenen Leuten helfen, sondern armen Menschen oder Flüchtlingen. Während die Vereinigung der Autohändler die Interessen der Händler und auch Gewerkschaften oder Kammern Interessen ihrer

Mitglieder vertreten, ist das bei der Caritas anders. Deren Einsatz für jene, die sich nicht selbst helfen können, ist notwendig, sonst funktioniert das demokratische System nicht.“ Auch Ursula Frohner, Präsidentin des Österreichischen Gesundheits- und Krankenpflegeverbandes, betont: „Unsere Zivilgesellschaft kann nicht ohne NGOs funktionieren, insbesondere dann, wenn auch ein konkreter staatlicher Auftrag erteilt wird bestimmte Aufgaben zu übernehmen. Der Staat stellt dafür gewisse finanzielle Grundlagen zur Verfügung. Wir sind dazu aufgerufen, die Mittelverwendung sorgfältig darzustellen. Es gibt natürlich immer wieder Vorkommnisse, wo die Transparenz nicht eingehalten wird, aber wenn die Transparenz der Mittel gegeben ist, dann halte ich gar nichts davon NGOs auf Verdacht hin zu desavouieren. Die Bedeutung dieser Organisationen ist gerade im Pflegebereich nicht zu unterschätzen. Zudem gibt es eine gesamtgesellschaftliche Erwartungshaltung an NGOs viele soziale Aufgaben zu übernehmen.“

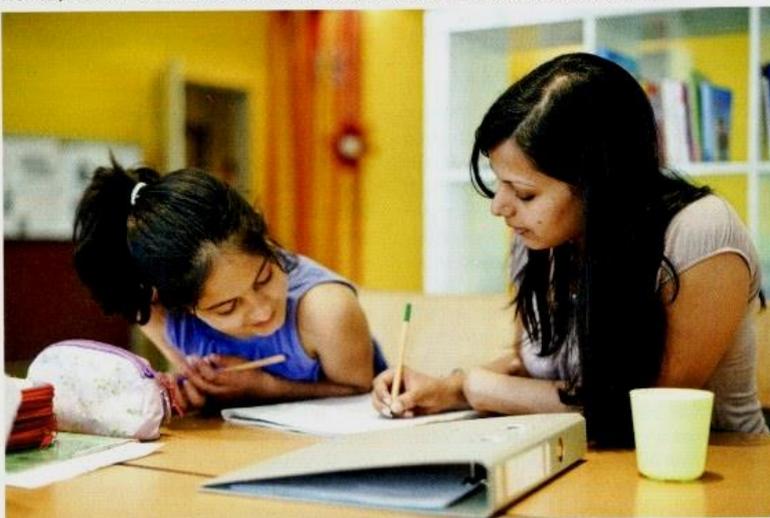
#### Ehrenamtlich engagiert

Diskreditiert wird die Caritas als „Asylindustrie“, doch nicht nur die FPÖ zeichnet so ein Bild, sondern auch Medien: Die Tageszeitung Kurier schrieb 2015 über den „Konzern Caritas“, das „Großunternehmen der Nächstenliebe“ und von einem „Geschäftsmodell“. Eine Non-Profit-Organisation ist per Definition nicht gewinnorientiert. Das „Geschäftsmodell“ fußt auf Spenden und auch entscheidend auf staatlicher Unterstützung, weil die Caritas staatliche Aufgaben übernimmt. Dafür

erhielt die Organisation laut dem Jahresbericht 2017 neben 68 Millionen Euro an privaten Spenden rund 570 Millionen Euro als Entgelt für Dienstleistung aus öffentlichen Mitteln und rund 100 Millionen Subventionen aus der öffentlichen Hand und Kirchenbeträgen. Die Caritas selbst verweist auf die Tatsache, eine gemeinnützige Hilfsorganisation und Teil der Kirche zu sein. Gemeinnützigkeit ist in Österreich gesetzlich geregelt und bedeutet, dass keine eigennützigen Ziele und keine Profite, sondern Ziele im Interesse der Allgemeinheit verfolgt werden. Sollten in bestimmten Fällen doch Mittel überbleiben, werden diese zum überwiegenden Teil für zukünftige Hilfsprojekte verwendet, heißt es von Seiten der Caritas.

Einem Konzern würde man auch nichts spenden. Und auch wenn die Zahl der angestellten Mitarbeiter von 16.109 an eine Konzerngröße denken lassen, passen die rund 50.000 ehrenamtlichen MitarbeiterInnen nicht recht in diese Schublade. Darauf verweist auch Frohner: „Natürlich arbeiten Caritas und Rotes Kreuz wie Unternehmen mit vielen Mitarbeitern und haben auch eine dementsprechende Struktur, aber es werden auch viele private Ressourcen durch ehrenamtliche Mitarbeiter investiert, was es bei normalen Unternehmen in dem Ausmaß nicht gibt.“ Einer NGO „Profitgier“ vorzuwerfen, von „Geschäftsmodell“ oder „Asylindustrie“ zu sprechen ist perfi-

Lerncafe der Caritas. „Unsere Zivilgesellschaft kann nicht ohne NGOs funktionieren“, sagt Ursula Frohner, Präsidentin des Österreichischen Gesundheits- und Krankenpflegeverbandes.



20



Ein Pferderücken zum drücken. Seelische Unterstützung für Kinder mit Behinderung.

de, denn bei solchen Vorwürfen bleibt auch dann, wenn man sich dagegen wehrt, etwas im Raum stehen und gleichzeitig ist es

### Im Pflegebereich findet der größte Ressourceneinsatz statt. In Österreich gibt es 450.000 Pflegebedürftige.

absurd, denn schließlich gibt es keine Gewinnausschüttung oder persönliche Bereicherung. Landau etwa ist bei der Erzdiözese als Priester angestellt und arbeitet als

Caritas-Präsident ehrenamtlich. Doch diese Tonart verunmöglicht eine sachliche Diskussion mit rationalen Argumenten. Der Diskurs bleibt auf einer emotionalen Ebene. Das sei auch so erwünscht. „Solche Vorwürfe zu erheben, ist in niederen Absichten begründet. Das betreibt die FPÖ schon lange, strategisch mit einer gewissen Wirkung“, erklärt Politologe Filzmaier.

Die Caritas übt immer wieder Kritik, unabhängig von der jeweiligen Regierungskonstellation. „Die Regierung hat den Blickkontakt zur Not verloren“, erklärte Landau bereits 2013. „Wer eine Neiddebatte auf dem Rücken der Schwächsten führe, der hat von der Wirklichkeit der Betroffenen keine Ahnung.“ Vor sechs Jahren war bekanntlich eine rot-schwarze Regierung mit Kanzler Werner Faymann im Amt. Zur jüngsten Debatte will kein Caritas-Vertreter mehr was sagen. Vielmehr will man zeigen was man tagtäglich tut, vor allem im Pflegebereich, wo der größte Ressourceneinsatz stattfindet. In sieben Bundesländern werden in 47 Senioren- und Pflegeeinrichtungen 4.680 Personen betreut. 2,1 Millionen Einsatzstunden wurden 2017 im mobilen Dienst geleistet. Derzeit gibt es rund 450.000 Pflegebedürftige, Schätzungen zufolge wird die Zahl bis 2050 auf 750.000 steigen. Der Staat wird die Caritas wohl noch mehr benötigen als bisher. Zu glauben Angehörige - zumeist Frauen - könnten alles abfedern, ist falsch, so Frohner. Denn: „Nicht alle haben familiäre Strukturen, auf die sie zurückgreifen können. Zudem nimmt die Zahl pflegender Angehöriger generell ab, die geburtenstarken Jahrgänge stehen uns nicht mehr zur Verfügung.“ Genau hier würden NGOs eine sehr wichtige Funktion erfüllen. Der zweitgrößte Bereich ist die Arbeit mit Menschen mit Behinderung, wo jährlich rund 7.000 Menschen betreut werden. 2017 war der drittgrößte Bereich Flucht, allerdings sind die Aufwendungen in diesem Bereich rückläufig, weil weniger Flüchtlinge nach Österreich kommen, zudem wurde die Finanzierung für Integrationsprojekte gekürzt. Die Einrichtungen der Caritas reichen von Hospiz, Mutter-Kind-Häusern, Kinderbetreuung, Schulen, Lerncafés und Beratungsstellen, sie kümmert sich um Langzeitarbeitslose, Obdachlose, Drogensüchtige. Betont wird: Alle werden von der Caritas betreut, egal welcher Herkunft, Religion und Weltanschauung. Alle, auch FPÖ-Funktionäre und FPÖ-Wähler.

die FPÖ betreibt „Caritas Bashing“ – Seite 3

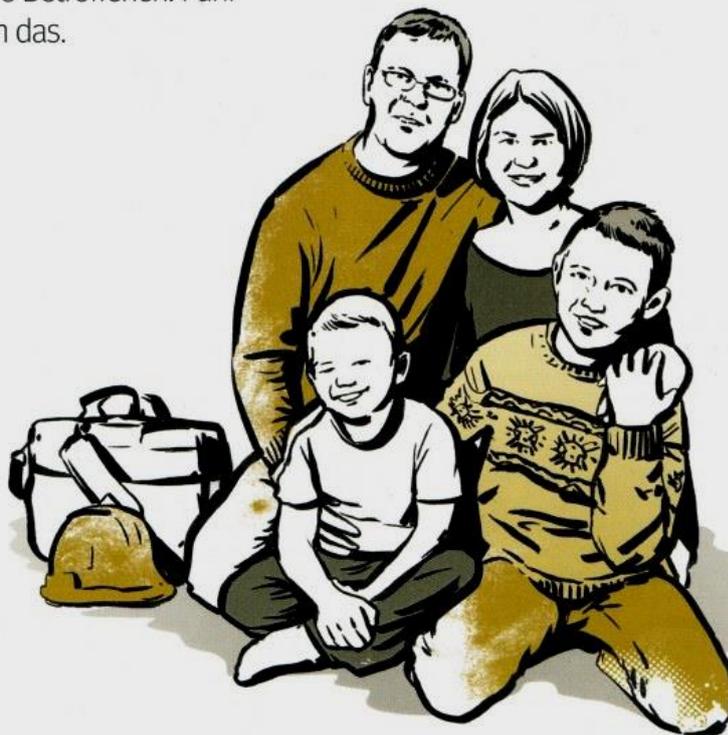
SOZIALHILFE

## „Fair“ und „gerecht“?

Die umstrittene Novelle zur „Mindestsicherung Neu“ bringt teils drastische Kürzungen für die Betroffenen. Fünf exemplarische Beispiele belegen das.

ZUSAMMENGESTELLT VON MAGDALENA STERN  
ILLUSTRATIONEN: P.M. HOFFMANN

**G**eht es nach Bundeskanzler Sebastian Kurz, dann soll die Vereinheitlichung der Mindestsicherung „mehr Fairness und Gerechtigkeit“ bringen. Die Rede ist von „Anreizen“ die deutsche Sprache zu erlernen und davon, junge Menschen zu „motivieren, in den Arbeitsmarkt einzusteigen“. Da ist sie wieder, die positive Rhetorik, mit der die Bundesregierung ihre Vorhaben so gerne präsentiert. Tatsächlich kann das nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Novelle teils drastische Kürzungen für Betroffene bringt. Wien hat deshalb bereits angekündigt, das Gesetz nicht nachzuvollziehen. Kurz' Replik Richtung Wien machte medial die Runde: „Ich glaube nicht, dass es eine gute Entwicklung ist, wenn immer weniger Menschen in der Früh aufstehen, um zu arbeiten, und in immer mehr Familien nur mehr die Kinder in der Früh aufstehen, um zur Schule zu gehen.“ Hans Rauscher kommentierte im Standard: „Dazu gäbe es einiges an Sachlichem zu sagen (zum Beispiel dass ein Teil der Mindestsicherungsbezieher sehr wohl arbeitet, aber wegen des geringen Verdienstes oder Arbeitslosengeldes die Hilfe als sogenannte „Aufstocker“ bezieht; oder dass ein Drittel Kinder sind).“ Auffällig ist, dass die Regierungspartner im Gesetzesentwurf nunmehr von „Sozialhilfe“ und nicht mehr von Mindestsicherung sprechen. Die Novelle orientiert sich am Netto-Ausgleichszulagenrichtsatz von aktuell 885,47 Euro, das ist auch der höchste Betrag, den Einzelpersonen erhalten können. Dass die Begriffe „fair“ und „gerecht“ relativ sind, zeigt sich daran, dass es für Familien mit mehreren Kindern oder für Menschen mit fehlen-



Sozialidebatte auf dem Rücken der Betroffenen: Der überwiegende Teil der MindestsicherungsempfängerInnen sind „Aufstocker“; ein Drittel der BezieherInnen sind Kinder.

dem Bildungsabschluss bzw. Deutschkenntnissen unter Fremdsprachenmaturaniveau teils deutliche Kürzungen geben wird. Betroffen sind zehntausende Frauen, Männer und vor allem Kinder, die auf soziale Un-

### Ein Kürzungswettbewerb zwischen den Bundesländern ist jederzeit möglich.

terstützung angewiesen sind. Einer der zentralen Kritikpunkte ist, dass mit der Novelle Mindestbeträge abgeschafft werden. Kern der 2010 beschlossenen Mindestsicherung waren bundesweit einheitliche soziale Mindeststandards. Sie sollten den Betroffenen

ein Minimum an Menschenwürde gewährleisten und die finanziell Schwächsten absichern. Im vorliegenden Gesetzesentwurf sind diese Minimumstandards verschwunden. Festgelegt sind nur noch Höchstsätze, die nicht überschritten werden dürfen. Nach unten hin ist die „Sozialhilfe“ demgegenüber offen. Ein Kürzungswettbewerb zwischen den Bundesländern ist damit jederzeit möglich. Weitere Unsicherheiten werden durch diverse Kann-Bestimmungen im Gesetz geschaffen, die den Bundesländern begrenzte Aufschläge ermöglichen, aber nicht zwingend vorschreiben. Wir zeigen im Folgenden fünf Beispiele, welche Kürzungen die Novelle in diesen exemplarischen Fällen mit sich bringt. (red)



**BEISPIEL 1**  
Eine Familie mit vier Kindern in Vorarlberg.

**BISHER**  
Eine Familie mit vier Kindern bekommt bisher in Vorarlberg 1.689,78 Euro Lebensunterhalt (Geldleistungen) plus maximal 772 Euro Wohnkosten in Sachleistungen. So kommt eine Vorarlberger Familie mit vier Kindern derzeit auf maximal **2.461,78 Euro** Mindestsicherungsleistung im Monat.

Regelleistung für Lebensbedarf	Regelleistung für Wohnbedarf	Gesamt
1.689,78 €	max. 772 €	<b>max. 2.461,78 €</b>

**NEU (mit Pflichtschulabschluss/Deutschkenntnissen)**  
Eine Familie mit vier Kindern, mit Pflichtschulabschluss bzw. ausreichenden Deutschkenntnissen, würde nach der neuen Regelung nur noch 1.186,53 Euro Lebensunterhalt (Geldleistungen) + maximal 495,86 Euro Wohnkosten (Sachleistungen) + maximal 504,72 Euro Wohnkostenzuschuss erhalten (falls das Bundesland einen solchen Zuschuss vorsieht). So würde die betreffende Vorarlberger Familie im besten Fall monatlich auf maximal **2.187,11 Euro** kommen, ein Verlust von **274,67 Euro** pro Monat.

Regelleistung für Lebensbedarf	Regelleistung für Wohnbedarf	Wohnkostenzuschuss	Gesamt
1.186,53 €	max. 495,86 €	max. 504,72 €	<b>max. 2.187,11 €</b>

**NEU (ohne Pflichtschulabschluss/Deutschkenntnissen)**  
Einer Familie mit vier Kindern, ohne Pflichtschulabschluss bzw. ohne ausreichenden Deutschkenntnissen, würden nach der neuen Regelung 35 Prozent „Arbeitsqualifizierungsbonus“ abgezogen. Sie würde insgesamt also 1.093,55 Euro bekommen sowie maximal 328,07 Euro Wohnkostenzuschuss (falls das Bundesland einen solchen Zuschuss vorsieht). Das ergibt im besten Fall **1.421,62 Euro**, ein Verlust von **1.040,16 Euro** pro Monat.

Regelleistung für Lebensbedarf	Regelleistung für Wohnbedarf	Arbeitsqualifizierungsbonus	Wohnkostenzuschuss	Gesamt
1.186,53 €	max. 495,86 €	minus – 588,84 €	max. 328,07 €	<b>max. 1.421,62 €</b>

Quellen: Vorarlberger Armutskonferenz, Michael Diettrich

**BEISPIEL 2**  
Eine 55jährige Asylberechtigte in der Steiermark, die noch nicht gut Deutsch spricht und sich mit dem Lernen schwer tut. Sie spricht Deutsch auf A1-Niveau.

**BISHER**  
Alleinstehende in der Steiermark erhalten derzeit 664,11 Euro (75 Prozent) für Lebensunterhalt und maximal 221,37 Euro (25 Prozent) für die Deckung der Wohnkosten.

Regelleistung für Lebensbedarf	Regelleistung für Wohnbedarf	Gesamt
664,11 €	max. 221,37 €	<b>max. 885,48 €</b>

**NEU**  
Da die 55jährige Asylberechtigte nur Deutsch auf A1-Niveau spricht und es durch ihre Lernschwäche unwahrscheinlich ist, dass sie das geforderte B1-Niveau schafft, werden ihr in Zukunft **309,91 Euro** (35 Prozent) „Arbeitsqualifizierungsbonus“ abgezogen. Sie käme somit auf nur noch **575,56 Euro** im Monat. Sollte sich die steirische Landesregierung dazu entschließen, den Wohnkostenzuschuss von 30 Prozent auszubezahlen, würde sie noch maximal 172,67 Euro dazubekommen. Im besten Fall wäre das Ergebnis also **748,23 Euro** im Monat, ein monatlicher Verlust von **137,25 Euro**. In der Steiermark werden im Moment keine gesonderten Zuschüsse für Wohnkosten gewährt. Wie das in Zukunft gehandhabt wird, ist offen.

Regelleistung für Lebensbedarf	Regelleistung für Wohnbedarf	Arbeitsqualifizierungsbonus	Wohnkostenzuschuss	Gesamt
531,28 €	max. 354,19 €	minus – 309,91 €	max. 172,67 €	<b>max. 748,23 €</b>

Quelle: [www.verwaltung.steiermark.at](http://www.verwaltung.steiermark.at)



MO 54/ Welt



**BEISPIEL 3**  
Subsidiär Schutzberechtigtes Paar (Mitte 30) mit einem Kind in Wien.

**BISHER**

Subsidiär Schutzberechtigte Menschen haben derzeit in Wien Anspruch auf Mindestsicherung. Das sind in Wien für ein Paar mit einem Kind maximal 1.235,24 Euro für Lebensunterhalt und maximal 332,04 Euro für Wohnkosten.

Regelleistung für Lebensbedarf	Regelleistung für Wohnbedarf	Gesamt
1.235,24 €	max. 332,04 €	<b>max. 1.567,28 €</b>

samen Haushalt lebt, in Zukunft nur noch maximal 362 Euro für Lebensbedarf und 242 Euro für Wohnbedarf bekommen. Die Zusatzleistung für Behinderung (155 Euro) ist genauso wie der Wohnkostenzuschuss (181 Euro) nur eine optionale Leistung. Die Mutter hätte laut Gesetzesvorschlag Anspruch auf maximal 362 Euro für Lebensbedarf und 242 Euro Wohnbedarf. Der Wohnkostenzuschuss von 181 Euro ist auch bei ihr optional. Werden sowohl Zusatzleistung als auch Wohnkostenzuschüsse gewährt, kämen die junge Frau und ihre Mutter im besten Fall auf maximal 1.725 Euro im Monat, ein Verlust von 146 Euro pro Monat.

**Tochter**

Regelleistung für Lebensbedarf	Regelleistung für Wohnbedarf	Zusatzleistung	Wohnkostenzuschuss	Gesamt
362 €	242 €	155 €	max. 181 €	<b>max. 940 €</b>

**NEU**

Subsidiär Schutzberechtigte Menschen sollen laut dem Gesetzesentwurf der Regierung keinen Anspruch mehr auf Mindestsicherung haben. Sie fallen in die Grundversorgung. Laut Grundversorgungsgesetz würde die dreiköpfige Familie, wenn sie privat wohnt, nur noch maximal 300 Euro Mietzuschuss und bis zu 530 Euro Verpflegungsgeld erhalten, ein Verlust von 737,28 Euro pro Monat.

Regelleistung für Lebensbedarf	Regelleistung für Wohnbedarf	Gesamt
530 €	max. 300 €	<b>max. 830 €</b>

Quellen: [www.wien.gv.at](http://www.wien.gv.at)

**BEISPIEL 4**  
Eine 23jährige Frau mit erheblicher Behinderung lebt mit ihrer 54jährigen Mutter im gemeinsamen Haushalt in Wien.



**BISHER**

Eine volljährige Frau mit erheblicher Behinderung, die mit ihrer Mutter in Wien im gemeinsamen Haushalt lebt, bekommt derzeit 747 Euro für Lebensbedarf, 117 Euro für Wohnbedarf und 144 Euro Zusatzleistung aufgrund ihrer Behinderung. Die Mutter hat Anspruch auf 647 Euro für Lebensbedarf und 216 Euro für Wohnbedarf. Gemeinsam kommen sie auf maximal 1.871 Euro im Monat.

**Tochter**

Regelleistung für Lebensbedarf	Regelleistung für Wohnbedarf	Zusatzleistung	Gesamt
747 €	max. 117 €	max. 144 €	<b>max. 1.008 €</b>

**Mutter**

Regelleistung für Lebensbedarf	Regelleistung für Wohnbedarf	Gesamt
647 €	max. 216 €	<b>max. 863 €</b>

**NEU**

Laut dem Gesetzesvorschlag der Bundesregierung soll eine volljährige Frau mit erheblicher Behinderung, die mit ihrer Mutter (mit Pflichtschulabschluss bzw. guten Deutschkenntnissen) im gemein-

**Mutter**

Regelleistung für Lebensbedarf	Regelleistung für Wohnbedarf	Wohnkostenzuschuss	Gesamt
362 €	max. 242 €	max. 181 €	<b>max. 785 €</b>

Quellen: Berechnung laut Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrt auf Basis der Sätze von 2018: [www.armutskonferenz.at](http://www.armutskonferenz.at)



**BEISPIEL 5**  
Erwerbstätige Aufstocker-Familie mit niedrigem Einkommen und zwei kleinen Kindern in Wien.

**BISHER**

Der Vater der Familie verdient in seinem Beruf als Hilfsarbeiter 1.300 Euro netto. Die Mutter hat kein Einkommen und betreut die zwei kleinen Kinder. Da das Gesamteinkommen der Familie somit unter dem Mindeststandard 1.806,36 Euro liegt, kann die Familie ergänzende Mindestsicherungsleistungen in der Höhe von 506,36 Euro im Monat in Anspruch nehmen.

**Mindestsicherung für Familie mit zwei Kindern:**

Regelleistung für Lebensbedarf (Erwachsene)	Regelleistung für Lebensbedarf (Kinder)	Regelleistung für Wohnbedarf	Gesamt
996,16 €	478,16 €	max. 332,04 €	<b>max. 1.806,36 €</b>

**NEU**

Eine Umsetzung des Gesetzesvorschlags, der eine Kürzung für Familien mit Kindern vorsieht, würde bedeuten, dass auch die Familie mit dem berufstätigen Vater verliert. Der Verlust beträgt im vorliegenden Fall bis zu 212,51 Euro im Monat, sofern kein Ausgleich durch einen erhöhten Wohnkostenzuschuss stattfindet.

**Höchstsätze für Familie mit zwei Kindern:**

Regelleistung für Lebensbedarf (Erwachsene)	Regelleistung für Lebensbedarf (Kinder)	Regelleistung für Wohnbedarf	Gesamt
743,80 €	354,19 €	max. 495,86 €	<b>max. 1.593,85 €</b>

Quelle: [www.wien.gv.at](http://www.wien.gv.at)

KOMMENTAR

## Bis zum Wohnungsverlust?

Mit der „Mindestsicherung Neu“ wird das letzte Auffangnetz beseitigt. Statt Armut werden Arme bekämpft.

KOMMENTAR: SANDRA KEINBERGER, LUCIA PALLAS

**N**ach längeren hin und her steht nun der neue Mindestsicherungsentwurf der Regierung fest, der vor allem Kürzungen beinhaltet. Während 2011 der Begriff Mindestsicherung eingeführt wurde, um ihn von der Sozialhilfe abzugrenzen und den Rechtsanspruch darauf herauszustreichen, wird im neuen Entwurf wieder von Sozialhilfe gesprochen. Die politische Debatte selbst ist vor allem von rassistischen Zuschreibungen und der Darstellung von BezieherInnen der Mindestsicherung als „faule Sozialschmarotzer“ geprägt. Trotz massiver Kritik von ExpertInnen zeigt die Regierung keine Bereitschaft, ihren – vermutlich nicht rechtskonformen – Entwurf zu überarbeiten. Als SozialarbeiterInnen wären wir mit den Auswirkungen der Kürzungen direkt konfrontiert. Deshalb wollen wir unser politisches Mandat nutzen, um aufgrund unserer Expertise und Erfahrungen Stellung zu beziehen.

### Was passiert gerade?

Durch die geplanten Gesetzesänderungen wird die Grundidee eines letzten Auffangnetzes außer Kraft gesetzt. Etliche Personen wären von den Auswirkungen betroffen, besonders jene, die ohnehin schon eine schlechtere Ausgangslage haben. Das sind vor allem Alleinerzieherinnen (sowie Frauen generell), Kinder, MigrantInnen, „Randgruppen“ wie wohnungslose und/oder psychisch erkrankte Menschen sowie Menschen mit Behinderungen. Für sie wird es noch schwieriger, den Alltag zu bestreiten. Zu befürchten ist, dass die ohnehin steigenden Mieten für sie nicht mehr leistbar sind und damit mehr Menschen in die Obdachlosigkeit getrieben werden. Betroffen sind vor allem Menschen mit „nicht ausreichenden



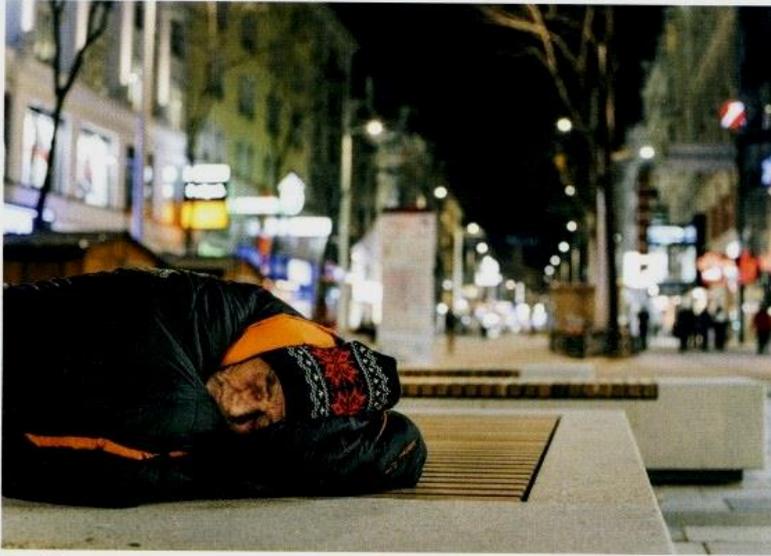
„Wir SozialarbeiterInnen arbeiten dort, wo die Grenzen des Systems und seine Problemlagen sichtbar werden.“ S. Keinberger, L. Pallas

Deutschkenntnissen“, die fortan von weniger als 600 Euro im Monat leben sollen. Die Arbeit im Sozialbereich ist bereits in vielerlei Hinsicht fordernd. SozialarbeiterInnen beschäftigen sich mit Menschen, die aufgrund unterschiedlicher persönlicher

**Weil dem AMS Förderungen für Kurse gestrichen wurden, müssen KlientInnen diese Leistung nun allein erbringen.**

cher Erfahrungen sowie soziostruktureller Bedingungen von Armut betroffen sind und bereits jetzt vermehrt in diese gedrängt werden. Ein Grundpfeiler der Professionsethik Sozialer Arbeit ist es, Menschen darin zu unterstützen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten selbstbestimmt leben zu können. Dafür braucht es professionelle Beziehungsarbeit, um Vertrauen und Stabilität erlangen

zu können. Das benötigt Zeit, die im Alltag aufgrund erschwelter struktureller Bedingungen fehlt. Viel (Arbeits-)Zeit wird schon jetzt in akute, existenzielle Krisen gesteckt. Diese Krisen werden sich häufen, wenn Menschen weniger Geld zur Verfügung haben und größerem Druck ausgesetzt sind, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Schon jetzt wird davon berichtet, dass sich der Ton gegenüber Personen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, verändert. Immer öfter berichten KlientInnen von schikanierenden Erfahrungen bei Ämtern. Weil dem AMS Förderungen für Kurse gestrichen wurden, müssen KlientInnen diese Leistung nun allein erbringen. In der Folge müssen sich SozialarbeiterInnen mit langen und häufig nicht nachvollziehbaren Geldsperren des AMS herumschlagen, das stürzt Menschen in prekäre Lagen und in psychische und existenzielle Krisen.



Durch die geplanten Gesetzesänderungen wird die Grundidee eines letzten Auffangnetzes außer Kraft gesetzt. Randgruppen wie wohnungslose Menschen sind besonders betroffen.

Ein weiteres Problem: Menschen mit Hauptwohnsitz in Wien werden unter Androhung von Geldsperren verpflichtet, sich im Saison-Gewerbe am anderen Ende Österreichs zu bewerben – die Pflicht zu arbeiten scheint hier über dem Grundrecht auf freie Wahl des Wohnortes zu stehen. Auch die langfristigen Konsequenzen spielen offenbar keine Rolle. Langjährig wohnungslose Personen, die endlich einen fixen, betreuten Wohnplatz gefunden haben, sollen diesen aufgeben und in ein anderes Bundesland ziehen. So wären sie nach einem Jobverlust erneut wohnungslos und müssten wieder ganz unten anfangen. Viel sinnvoller wäre es, Unterstützungsangebote zu erarbeiten, die sich an der individuellen Lebenssituation der Menschen orientieren. Davon sind wir momentan aber weit entfernt.

Jetzt schon kommt es häufig vor, dass Personen unverhältnismäßig lange auf Bescheide vom Sozialamt warten müssen und somit über kein oder nur ein niedrigeres Einkommen verfügen, obwohl sie fristgerecht alle Unterlagen eingereicht haben. Mit der neuen Regelung soll die Bearbeitungsfrist aus dem Gesetz gestrichen werden. Damit wird es schwieriger, gegen Verzögerungen aktiv zu werden, die Folgen können bis zu Wohnungsverlust reichen. Die geplanten Änderungen zur Mindestsicherung sehen wieder vermehrt Sachleistungen vor, wodurch die einkommensbedingt ohnehin schon geringe Selbstbestimmung der Menschen an-

gegriffen wird. Auch die Freiheit, die den Ländern in Bezug auf die Gestaltung der Wohnzuschläge gegeben wird, führt nicht nur zu noch größeren finanziellen Unterschieden innerhalb Österreichs, sondern begünstigt auch behördliche Willkür. Die sozialarbeiterische Praxis wird damit zunehmend ein Kampf durch die immer enger werdenden behördlichen Strukturen.

### In den letzten Jahren haben sich unterschiedlichste Netzwerke im Sozialbereich gegründet.

#### Armut erwünscht?

All diese Veränderungen finden nicht im luftleeren Raum statt, sondern sind Ausdruck einer politischen Stimmung in der nicht Armut, sondern die Armen selbst bekämpft werden. Während AMS-Leistungen, die Menschen aus der Arbeitslosigkeit helfen sollen, gestrichen wurden, wird arbeitslosen Menschen – vor allem Beziehenden von Mindestsicherung – Faulheit vorgeworfen. Die wirtschaftsliberale, unternehmensfreundliche Politik, die Kanzler Kurz vertritt und die durch Sozialabbau am Rand der Gesellschaft spart, wird durch den von der FPÖ wieder populär gemachten Begriff des „Sozialschmarotzers“ ergänzt. Das hat für Menschen, die auf sozial staatliche Leistungen angewiesen sind, verheerende Folgen.

Einerseits müssen sie mit wenig Geld und

oft sehr schweren persönlichen Schicksalen zurechtkommen, andererseits nimmt auch die gesellschaftliche Stigmatisierung zu. Wer aus der Erwerbsarbeit herausfällt wird als „gescheitert“ angesehen und noch höherem Druck ausgesetzt. Während die Lebenshaltungskosten steigen, werden jene, die ihre Arbeit verlieren wieder, zu Bittstellern degradiert. Dazu passt auch, dass im neuen Entwurf der Regierung wieder von „Sozialhilfe“ statt von Mindestsicherung gesprochen wird.

#### Aus der Ohnmacht austreten

Wir SozialarbeiterInnen arbeiten dort, wo die Grenzen des Systems und seine Problemlagen sichtbar werden. Für uns sind Kürzungen bei Sozialleistungen und Angeboten nicht einfach abstrakte Zahlen, sondern reale Menschen und deren Lebenslagen. Wir können und wollen nicht zusehen, wie dort gespart wird, wo ohnehin schon immer wenig vorhanden war. Gute Sozialarbeit setzt voraus, dass Möglichkeiten da sind – auf einer strukturellen, wie auch individuellen Ebene. Wenn diese Möglichkeiten zerstört werden, können wir nichts weiter tun als Elend zu verwalten. Das steht sowohl der humanistischen Grundhaltung, als auch dem kritischen Blick der Sozialen Arbeit fundamental entgegen. Im Sozialbereich tut sich daher etwas. Viele SozialarbeiterInnen wollen diese Politik der neoliberalen, rassistischen Ausschlüsse nicht mittragen. In den letzten Jahren haben sich unterschiedlichste Netzwerke im Sozialbereich gegründet. Zum Beispiel das kritische Netzwerk Aktivistischer Sozialer Arbeit von Sozialarbeitsstudierenden, oder auch Raum für Alle, das Bündnis Flüchtlingsarbeit in Wien, Sozial Aber nicht blöd in Wien und Linz, sowie Resilienz in Innsbruck. Für alle die in diesen Bündnissen aktiv sind ist klar, dass es solidarische Handeln der SozialarbeiterInnen untereinander und solidarische Handeln mit den KlientInnen braucht. Wir werden nicht schweigen, sondern gemeinsam gegen die Kürzung der Mindestsicherung und die Zerschlagung des Sozialstaates eintreten.

*Sandra Keinberger ist Sozialarbeiterin in der Wohnungslosenhilfe in Wien.*

*Lucia Palas ist Sozialarbeiterin in der Wohnungslosenhilfe in Wien und aktiv beim „Kritischen Netzwerk Aktivistischer Sozialer Arbeit“ (KNASt) und „Raum für alle“.*



Eine beeindruckende Zahl von Initiativen setzt sich in Vorarlberg für eine humane Flüchtlingspolitik ein...

ZIVILGESELLSCHAFT

## Aufstand im Ländle

In Vorarlberg fühlen sich viele, die sich seit 2015 ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit engagieren, von der harten Abschiebepolitik der Bundesregierung vor den Kopf gestoßen. Rund um die Sonntagsdemos formierte sich ein Netzwerk, das eine menschlichere Asylpolitik fordert.

TEXT: BERNADETTE SCHÖNANGERER

**I**n der Vorarlberger Bevölkerung hat es große Emotionen ausgelöst, dass Leute, die gut integriert sind, einen Job haben und hier auch gebraucht werden, plötzlich morgens um 6 Uhr früh in Handschellen abgeführt werden und abgeschoben werden sollen“, sagt Burkhard Walla. Gemeinsam mit Pfarrer Christian Stranz hat er im Jänner in Dornbirn eine Sonntagsdemonstration organisiert. Zwei besonders aufsehenerregende Abschiebefälle lösten im Ländle eine Welle des Protests und eine Diskussion um das humanitä-

re Bleiberecht aus: In Sulzberg kollabierte eine schwangere Frau bei einer versuchten Abschiebung, sie wurde von ihrem Mann

**„Nicht nur im kleinen Kreis, sondern auch laut Gegenposition beziehen.“  
Burkhard Walla.**

und ihrem dreijährigen Kind getrennt. Und in Lustenau riss man einen Kochlehrling nach sechs Jahren in Österreich aus seinem Umfeld und schob in von ei-

nem Tag auf den anderen nach Pakistan ab. Die zunehmend unmenschliche Politik und die von der Regierung vorangetriebene Polarisierung, die geflüchtete Menschen pauschal als „Illegale“ bezeichnet und die negative Stimmung, die gegen sozial Benachteiligte aufgebaut wird, waren für Burkhard Walla der Anlass „nicht nur im kleinen Kreis, sondern auch laut Gegenposition zu beziehen.“ Den Anstoß, selbst aktiv zu werden, gaben die Sonntagsdemonstrationen, die Klaus Begle im November in Hohenems initiiert hat-



... und protestiert gegen die Abschiebung von gut integrierten Lehrlingen.

te und die bis Jahresende wöchentlich in Hohenems, dann parallel auch in Rankweil und Bregenz stattgefunden haben. Für Klaus Begle, Psychiater und ÖVP-Gemeindevertreter in Hohenems, der selbst zwei afghanische Pflegesöhne aufgenommen hat, gab es mehrere Gründe, in die Öffentlichkeit zu gehen. Einerseits, so erzählt er, war es die Stimmungsmache gegen Organisationen wie „Ärzte ohne Grenzen“ und andere NGOs, die Flüchtlinge unterstützen, andererseits die Tatsache, dass Menschen, die hier angekommen sind und „Wurzeln geschlagen“ haben, jetzt abgeschoben werden sollen. Das ist für Begle „menschlich und sachlich Unsinn“, da habe er den Mund nicht mehr halten können – auch wenn er sich dadurch Feinde mache.

#### Dem Ländle reicht's

Organisiert und koordiniert werden die Sonntagsdemos mittlerweile von der Plattform „Uns reicht's“, einem überparteilichen, zivilgesellschaftlichen Bündnis. Eigentlich schon seit Regierungsantritt, spätestens jedoch seit dem Sommer, als immer wieder

NGOs und Freiwillige in der Flüchtlingsarbeit verunglimpft wurden, gab es bei vielen Initiativen das Bedürfnis, sich zu vernetzen und gemeinsam aktiv zu werden, erklärt Katharina Leissing. Sie ist die Sprecherin der Plattform und Geschäftsführerin der IG Kultur in Vorarlberg. Auch sie tut das „aus persönlicher Überzeugung,

**„Aus persönlicher Überzeugung, aus Empörung und Wut aktiv geworden.“**  
Katharina Leissing

aus Empörung und Wut“, wie sie sagt, und auch, um „gegen das Gefühl der Ohnmacht über die Dinge, die unter dieser Regierung passieren“, anzutreten.

Zur Zeit, als man sich zu einem ersten Treffen in Hohenems versammelte, fand auch die erste Sonntagsdemonstration statt. Mit der Plattform, die man kurzerhand „Uns reicht's“ benannte, sollten die Kräfte gebündelt werden. Man beschloss, die Sonntagsdemonstrationen, die zunächst bis Weihnachten geplant waren, auch im neu-

en Jahr fortzuführen. Das Interesse wuchs, bald kamen auch Menschen von außerhalb auf Leissing zu, die die Plattform unterstützen oder selbst Demos organisieren wollten. Nach und nach haben sich verschiedene lokale Teams gebildet, die nun alle zwei Wochen an unterschiedlichen Orten in Vorarlberg Sonntagsdemonstrationen veranstalten.

#### Flucht-Punkt-Ländle

Bereits 2016 hatte sich die Gruppe Flucht-Punkt-Ländle organisiert. Das ist eine Initiative von privat in der Flüchtlingsarbeit engagierten Menschen in der Region um Götzis, einer beschaulichen Gemeinde mit 12.000 Einwohnern, die man sonst von den dort ausgetragenen Mehrkampf-Meetings kennt. Für die Demonstrationen stellte die Gruppe kurzerhand ihre Website zur Verfügung, um die Demos dort anzukündigen. In einem kleinen Land wie Vorarlberg vernetzt man sich eben ganz unkompliziert, sagt Christine Böhmwalder. Sie hat gemeinsam mit ihrem Mann mehrere geflüchtete Jugendliche in einer Art Paten-

schaft unterstützt und die Gruppe Flucht-Punkt-Länder mitinitiiert. Alles begann mit einer Protestaktion gegen Abschiebungen in Kriegsgebiete. Die AktivistInnen versandten jeden Tag Postkarten mit den persönlichen Geschichten geflüchteter Menschen an das Innenministerium – oder steckten sie an heliumgefüllte Luftballons, die ins Ungewisse davonschwebten. Böhmwalder ist es wichtig, die Leute, die ansonsten nur ganz abstrakt zum Thema der Politik werden, aus der Anonymität zu holen. Die Initiative plant ihre Aktionen ganz bewusst mit den geflüchteten Menschen, um dabei deren Geschichten in den Vordergrund zu bringen und abstrakten Feindbildern etwas entgegenzuhalten. 2018 veranstaltete man gemeinsam mit der Gruppe Plan W in der Marktgemeinde Wolfurt und in Bludenz ein „Seifenblasenfest für Flüchtlingsträume“, wobei die Seifenblasen, die platzenden (Lehrlings-)Träume der jungen Menschen symbolisieren sollten. Gleichzeitig startete man eine Petition und eine Briefaktion an Bundeskanzler Sebastian Kurz, mit der Forderung: „Keine Abschiebung von Lehrlingen“. Das traf auf viel Unterstützung, sagt Böhmwalder, auch bei der Wirtschaft. Das Bild, das KritikerInnen der Sonntagsdemonstrationen von „links-linken Demonstranten“ bemühen,

stimme so nicht, erklärt Burkhard Walla. Es sei eine „Bewegung der Mitte“, die sich in Vorarlberg für eine menschlichere Politik einsetzt. Getragen von einer christlich-sozialen Gesellschaftsschicht, die von verschiedenen Milieus getragen wird. In Dornbirn und Rankweil hat man sich beispielsweise mit der Kirche kurzgeschlossen; und auf den Sonntagsdemos finden sich

### Es ist eine Bewegung der Mitte, die sich in Vorarlberg für eine menschlichere Politik einsetzt.

Leute aus der ÖVP ebenso wie UnternehmerInnen, die sich gegen die Abschiebung von Lehrlingen und anderen Arbeitskräften in Mangelberufen aussprechen.

#### „Wütende Bürger“ vs Sebastian Kurz

Eine Woche nach der ersten Sonntagsdemonstration hatte eine Veranstaltung des Vorarlberger Landtages, zu der auch Kanzler Kurz eingeladen war, für einigen Medienrummel gesorgt. Von „Tumulten“ und „wütenden Bürgern“, die Kurz den Weg versperren, war zu lesen. Eine Konfrontation, die so nicht geplant gewesen sei, erzählt Klaus Begle. Doch als Kurz, der mit Verspätung eintraf, nach einem kurzen State-

ment die Veranstaltung wieder verlassen wollte, ohne auf die jüngsten Abschiebefälle einzugehen, hatten er und andere im Saal eine Diskussion mit dem Kanzler eingefordert. „Seine Bodyguards waren ziemlich verunsichert“, lacht Begle, „ob der gute Begle jetzt handgreiflich wird oder nicht.“ Dabei habe er nur gestikuliert. Es habe ihn einfach wütend gemacht, dass ein „Bürgerdialog zu den Zukunftsfragen der Europäischen Union“ angekündigt worden war, und dann die Themen Asyl und Migration, auf die Kurz seine Kanzlerschaft ja aufgebaut habe, nicht angesprochen wurden. Am Ende hatte sich Kurz dann doch den Fragen des Publikums gestellt. Eine politische Verantwortung für die Abschiebefälle wies er allerdings von sich. Kurz argumentierte, dass keine dieser Entscheidungen von einem Politiker getroffen worden sei, und dass die Gesetze aus einer Zeit lange vor seiner schwarzblauen Regierung stammen würden. Dass Kurz sich dann doch einer Diskussion gestellt hatte, respektiert Begle, die Antworten, die der Kanzler gab, findet er allerdings „unbefriedigend“. Man kann, so Begle, die Probleme nicht allein auf die Abschiebepaxis schieben, sondern müsse auch über die rechtlichen Rahmenbedingungen sprechen. Das Problem sieht Begle einerseits darin, die Beweislast den geflüchteten Menschen zuzuschieben. Von ihnen wird erwartet, mit Dokumenten zu belegen, dass sie verfolgt werden. Andererseits sei die Länderdokumentation zu hinterfragen, wenn sich diese auf „einseitige und unsachliche“ Gutachten stützt. Etwa jene des umstrittenen und mittlerweile aus der Gutachterliste gestrichenen Karl Mahringer, auf deren Basis Österreich Rückschiebungen nach Afghanistan durchführt. Eine große Gefahr für faire Asylverfahren sieht er in der geplanten Abschaffung der unabhängigen Rechtsberatung durch Caritas und Diakonie, die durch eine bundeseigene Betreuungsagentur ersetzt werden soll.

#### Bund vs Länder

Nach dem Fall in Sulzberg hat sich eine politische Diskussion über die Mitsprache der Länder in Fragen des Aufenthaltsrechts entsponnen. Vorarlbergs Landeshauptmann Markus Wallner forderte, den Bundesländern wieder die Kompetenz einzuräumen, humanitäres Bleiberecht auszusprechen. Die Bundesregierung in Wien lehnt das jedoch ab. Seit im Jahr 2014 die Kompetenz von den Ländern zum Bund zurückgewandert ist, werden die Entschei-

„Seifenblasenfest für Flüchtlingsträume“: Die Seifenblasen symbolisieren die platzenden (Lehrlings-)Träume der jungen Menschen.





Sonntagsdemos im Ländle, bis Mai 2019 sind die Termine für weitere Protestzüge bereits festgelegt.

dungen von Wien aus getroffen. Auf der Landeshauptleutekonferenz im November 2018 fand sich keine Mehrheit für eine Forderung, diese Regelung wieder zu ändern. Immerhin richtete man einen Appell an die Bundesregierung, eine „höhere Sensibilität“ walten zu lassen. Tirols LH Günther Platter kann sich eine Regelung vorstellen, wonach AsylwerberInnen trotz negativen Bescheids ihre Lehre abschließen können. Offene Unterstützung erhielt Wallner für seinen Vorstoß bislang also nicht, dennoch hoffte Peter Kaiser, dass „das letzte Wort“ in dieser Frage noch nicht gesprochen sei. In Vorarlberg war das zivilgesellschaftliche Engagement in der Flüchtlingsbetreuung 2015 von Sei-

ten der Landesregierung durchaus gefördert worden. Die Flüchtlingsarbeit ist dezentral und familiär organisiert und „in die Gemeindefstrukturen und Vereine hineingewachsen“, so Klaus Begle. Für seine Kri-

### Konflikt über humanitäres Bleiberecht: ein Beispiel, wie die Kompetenzen der Bundesländer eingeschränkt wurden.

tik an der Asylpolitik der Bundesregierung sieht Begle durchaus auch Rückhalt in der eigenen Partei, denn die ÖVP in Vorarlberg sei „schwarz geblieben und nicht türkis geworden“. Der Konflikt über das humanitä-

re Bleiberecht sei freilich das beste Beispiel, wie die Kompetenzen der Bundesländer eingeschränkt wurden. Statt den „Dialog der Mitte“ zu suchen, würden Entscheidungen zentralisiert, um Maßnahmen möglichst schnell umsetzen zu können, glaubt Begle: „Denn wenn viele mitreden, geht es langsamer“. In Vorarlberg bleibt hingegen der Anspruch, weiterhin mitzureden. Hier fehlt das Verständnis, Menschen, die hier Fuß gefasst haben, abzuschieben. Bis Mai sind die Termine für weitere Sonntagsdemonstrationen bereits festgelegt.

Bernadette Schönangerer ist Redakteurin der Zeitschrift MALMOE.

AK-WAHL 2019  
LISTE 4 AUGE/UG

WWW.AUGE.ORG.AT

in Zukunft Informationen über [Facebook #ZusammenhaltNÖ](#)



**Zusammenhalt NÖ** ist mit Franz Helm und 4 weiteren Personen unterwegs.



10. März um 18:53 · 🌐

Zum 15. Mal #zusammenhaltNÖ vor St. Gabriel. Ausführliche Berichte in Ton, Bild und Schrift folgen!

Nächsten Sonntag, am 17.3., treffen wir uns um 17 Uhr am Europaplatz in Mödling!



---

Erstellt von: [Gerhard Metz](#)